

PRESSEMITTEILUNG

1. Juni 2022

Umfrage über den Zugang von Unternehmen im Euro-Währungsgebiet zu Finanzmitteln: schlechtere Finanzierungsbedingungen angesichts zunehmender wirtschaftlicher Unsicherheit

- Die Unternehmen im Euro-Währungsgebiet teilten erneut mit, dass sich ihre Geschäftstätigkeit erholt habe. Allerdings habe sich ihre Ertragslage durch die sprunghaft gestiegenen Vorleistungskosten verschlechtert.
- Die Verfügbarkeit von Außenfinanzierungsmitteln verbesserte sich weiter, wenn auch langsamer als zuvor; aus Sicht der Unternehmen habe das gesamtwirtschaftliche Umfeld die Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln beeinträchtigt.
- Zwar entsprachen die zur Verfügung stehenden Außenfinanzierungsmittel weitgehend den von den Unternehmen nachgefragten Finanzmitteln, doch die Firmen berichteten über eine Verschärfung der Finanzierungsbedingungen und erwarten auch, dass sich die Verfügbarkeit von Mitteln verschlechtert.

Die Ergebnisse der Umfrage über den Zugang von Unternehmen im Euro-Währungsgebiet zu Finanzmitteln (SAFE-Umfrage) für den Zeitraum von Oktober 2021 bis März 2022 deuten darauf hin, dass sich die Geschäftstätigkeit der Unternehmen weiter erholt hat, wobei Großunternehmen häufiger von einer Steigerung ihres [Umsatzes](#) berichteten als kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) (siehe Abbildung 1). Die Rentabilität der Unternehmen wurde jedoch durch die sprunghaft gestiegenen Produktionskosten geschmälert: 89 % der Umfrageteilnehmer meldeten per saldo¹ gestiegene [Rohstoff- und Energiekosten](#) und 66 % von ihnen höhere [Arbeitskosten](#). Beide Kostenfaktoren erreichten damit in der Umfrage einen historischen Höchststand. Die Auswirkungen von Lieferengpässen und höheren Energiekosten, die zum Teil mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine zusammenhängen dürften, werden sich den Erwartungen zufolge auch weiterhin in den Preisen niederschlagen (siehe Abbildung 2). Darüber hinaus hat die

¹ Der prozentuale Saldo ist die Differenz zwischen dem Anteil der Unternehmen, die einen Anstieg des betreffenden Faktors meldeten, und dem Anteil der Unternehmen, die einen Rückgang angaben.

wahrgenommene Bedeutung der Inflationserwartungen als Bestimmungsfaktor für die Verkaufspreise gegenüber 2020 zugenommen. Hier geben nunmehr 58 % der befragten Firmen an, dass die erwartete Inflation ein „sehr wichtiger“ Faktor sei (nach 30 % im Jahr 2020).

Die Unternehmen im Euroraum waren in der aktuellen Umfrage der Ansicht, dass die Veränderung der allgemeinen Konjunkturaussichten ihren Zugang zu Finanzmitteln stark beeinträchtigt habe (-29 % nach 8 %); die negativen Auswirkungen waren dabei für KMUs und Großunternehmen in etwa gleich stark. Indes verbesserte sich die Verfügbarkeit von Außenfinanzierungsmitteln weiter, wenn auch nicht mehr so rasch wie zuvor. Insgesamt wog der etwas leichtere Zugang der Unternehmen zu Außenfinanzierungsmitteln den moderat gestiegenen Finanzierungsbedarf weitgehend auf, sodass die [Außenfinanzierungslücke](#), also die Differenz zwischen der Veränderung der Nachfrage nach Außenfinanzierungsmitteln und der Veränderung des Angebots solcher Mittel, 1 % betrug (nach -4 % in der vorherigen Umfrage).

Eine signifikante Zahl an Unternehmen im Euro-Währungsgebiet meldete eine Verschärfung der Finanzierungsbedingungen; 34 % der Umfrageteilnehmer berichteten in diesem Zusammenhang, dass die Bankzinsen gestiegen seien (verglichen mit 5 % in der vorherigen Umfrage; siehe Abbildung 3). Ein vergleichbarer Prozentsatz wurde im Rahmen der SAFE-Umfrage zuletzt 2012 verzeichnet. Dies steht im Einklang mit der jüngsten per saldo beobachteten Erhöhung der Margen für Bankkredite, von der auch in der Umfrage zum Kreditgeschäft im Euro-Währungsgebiet vom April 2022 berichtet wurde. Mit Blick auf die Zukunft gingen die Unternehmen erstmals seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie (Covid-19) von einer Verschlechterung des Zugangs zu Bankkrediten und Kreditlinien aus, was vermutlich auf die vorherrschende Unsicherheit und eine veränderte Haltung der Banken zurückzuführen ist.

Im aktuellen Bericht werden die wichtigsten Ergebnisse der 26. Umfrage über den Zugang von Unternehmen im Euro-Währungsgebiet zu Finanzmitteln (SAFE) vorgestellt. Die Erhebung wurde in der Zeit vom 7. März bis zum 15. April 2022 durchgeführt und deckt den Zeitraum von Oktober 2021 bis März 2022 ab. Die Stichprobe umfasste insgesamt 10 950 Unternehmen, von denen 9 999 (91,3 %) weniger als 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigten.

Mediananfragen sind an [Stefan Ruhkamp](#) zu richten (Tel. +49 69 1344 5057).

Anmerkung:

- Ein [Bericht](#) zur aktuellen Umfrage sowie der [Fragebogen](#) und [Informationen zur Methodik](#) stehen auf der Website der EZB zur Verfügung.
- Detaillierte Datenreihen für die Länder des Euroraums sowie die aggregierten Ergebnisse für das Euro-Währungsgebiet sind über das [Statistical Data Warehouse](#) der EZB abrufbar.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu

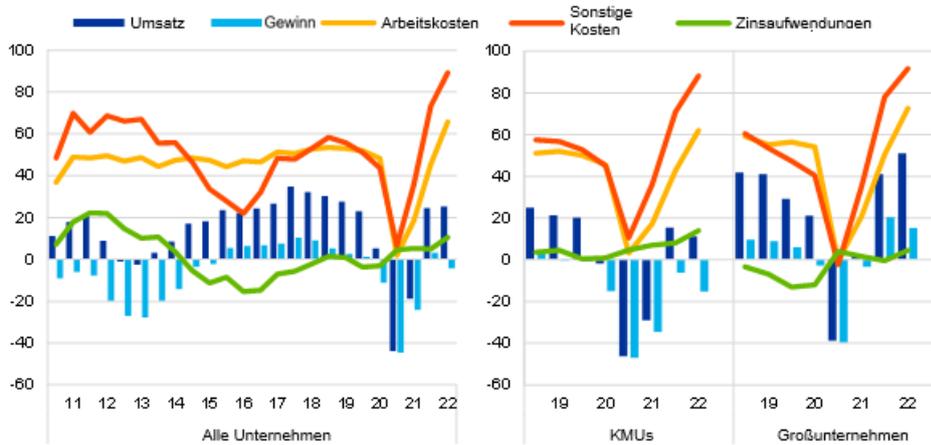
Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Abbildung 1

Veränderung der Einkommenssituation der Unternehmen im Euroraum

(prozentualer Saldo der befragten Unternehmen)

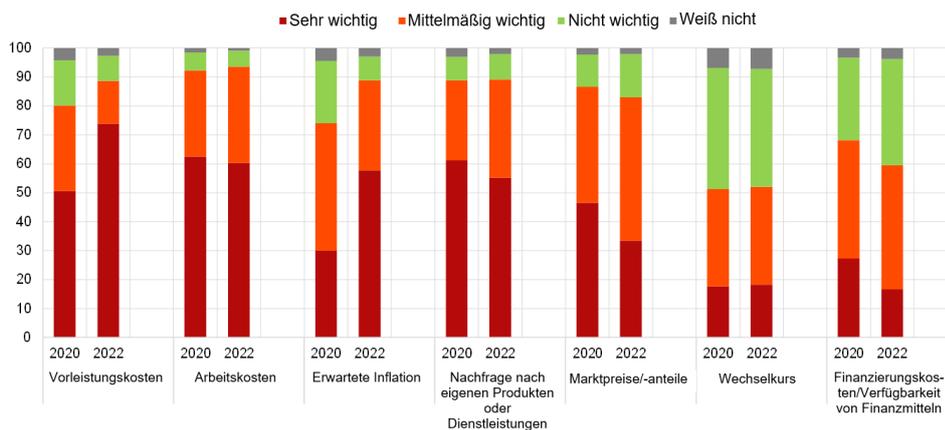


Grundlage: alle Unternehmen. Die Angaben beziehen sich auf die Umfragerunden 3 (März bis September 2010) bis 26 (Oktober 2021 bis März 2022) für die Grafik zu allen Unternehmen sowie auf die Umfragerunden 19 (April bis September 2018) bis 26 (Oktober 2021 bis März 2022) für die Grafiken zu den KMUs und den Großunternehmen. Anmerkung: Der prozentuale Saldo ist die Differenz zwischen dem Anteil der Unternehmen, die einen Anstieg des betreffenden Faktors meldeten, und dem Anteil der Unternehmen, die einen Rückgang angaben.

Abbildung 2

Faktoren, die die Verkaufspreise von Unternehmen im Euroraum beeinflussen (Vergleich zwischen der Lage im Jahr 2022 und der Lage vor Krisenbeginn 2020)

(Anteil der befragten Unternehmen in %)

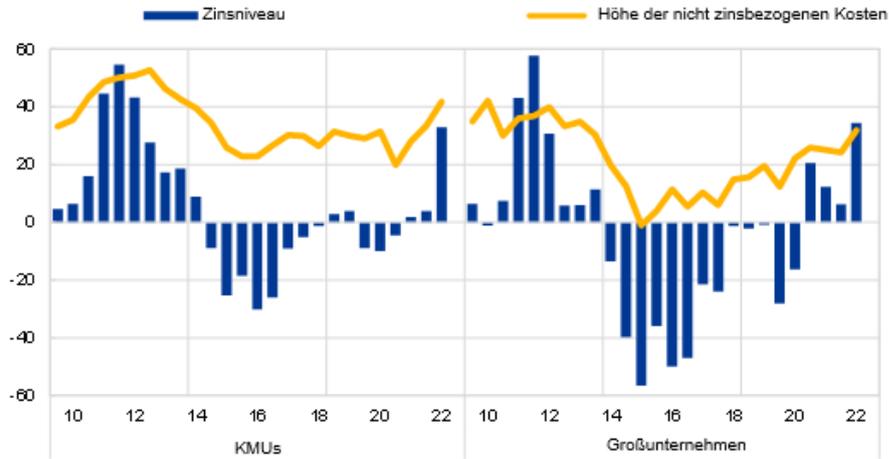


Grundlage: alle Unternehmen. Die Angaben beziehen sich auf die Umfragerunde 26 (Oktober 2021 bis März 2022).

Abbildung 3

Veränderung der Kosten für an Unternehmen des Euroraums gewährte Bankkredite

(prozentualer Saldo der befragten Unternehmen)



Grundlage: Unternehmen, die Bankkredite (einschließlich subventionierten Krediten), Kreditlinien, Überziehungskredite oder Kreditkartenüberziehungen beantragt hatten. Die Angaben beziehen sich auf die Umfragerunden 1 (Januar bis Juni 2009) bis 26 (Oktober 2021 bis März 2022).